

Bezugs-Preis

In der Hauptpoststelle über dem Haupteingang des Reichstags abgestellt vierzig Groschen. Bei täglich gewöhnlicher Sitzung im Haus vierzig Groschen. Durch andere auswärtige Ausgaben und durch die Post bezogen. Im Deutschen und Österreich vierzig Groschen. Durch die übrigen Länder fünfzig Groschen.

Redaktion und Expedition:
Johannstraße 8,
Telefon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1172.

Berliner Redaktions-Bureau:
Berlin NW 7, Dorotheenstraße 53,
Tel. I, Nr. 2275.

Dresdner Redaktions-Bureau:
Dresden, Ritterstraße 25, Tel. I, Nr. 6552.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Handelszeitung.

Amtsblatt des Königl. Land- und des Königl. Amtsgerichtes Leipzig,
des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Kr. 607.

Mittwoch 29. November 1905.

99. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Der Reichstag hielt gestern nach der feierlichen Eröffnung im Schloss seine erste Sitzung ab. (S. Bericht.)

* Der bisherige Kolonialdirektor Dr. Eicheler ist zum Gesandten für Norwegen ernannt worden. Als Gesandtersträger bis zu seinem Eintritt bleibt Freiherr von Werthern im Amt.

* Zu Vertretern Deutschlands auf der Marollo-Konferenz sind Kanzlerin Karolina und Graf Tattenbach bestimmt.

* Die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlicht Auszüge aus den Gelehrtenbüchern über die Änderung des Braunkohlenvertrages, die Änderung des Tabaksteuervertrages, die Zigarettensteuer und die Änderung des Reichssteuervertrages, sowie über die Erbschaftssteuer. (S. 3. Seite des Hauptblattes.)

* Der Dampfer "Hans Wörmann" ist in Swinemünde eingetroffen.

* Die Gerichtskarre in Oberschlesien greift weiter um sich. Aus Breslau und Schweidnitz werden Todesfälle gemeldet. (S. Rev.)

* In ganz Nordwestdeutschland richtete der Sturm der letzten Tage großen Schaden an und forderte Menschenleben. (S. Rev.)

* Der auch in Leipzig bekannte frühere Dresdener Opernsänger Emil Greber hat in New York, wo er an der Metropolitan-Oper engagiert ist, einen Selbstmordversuch verübt. Er liegt schwerkrank im Flower-Hospital zu New York.

Sächsische Parlamentsreform.

II.

(Aus unserem Dresden Bureau.) Nicht minder dringend als ein zeitgemäßer Erfolg der ersten Kammer unseres Landtags ist eine Reform der Zweiten Kammer. Das Wahlgesetz von 1896, auf Grund dessen heute die Abgeordneten zur Zweiten Kammer gewählt werden, ist seiner Zeit, wie der national-liberale Abgeordnete Schulze-Dresdner am Montag sehr guttredend hervorholte, von der Regierung recht eilig hergestellt worden, und es ist daher mit allerlei Fehlern und Mängeln besetzt, die keineswegs nur Schönheitsfehler sind, und die sogar der Minister von Weißig in der selben Sitzung der Zweiten Kammer als "notorisch vorhanden" bezeichnete. Es kann demgemäß nicht Wunder nehmen, daß das Verlangen nach einer Abänderung des Wahlrechts immer lebhafter hervortreten ist und auch diesmal in zwei Interpellationen, die von den Nationalliberalen und den Freisinnigen eingefordert wurden, Ausdruck gefunden hat. Beide Interpellationen fragten daran an, daß die Regierung selbst das Wahlrecht als verbessertsbürglich bezeichnet hatte, und beide fragten, ob die Regierung noch diesen im Landtag einen Gesetzesentwurf zur Neuregelung des Wahlrechts vorgelegen bereit sei.

Das Leitmotiv für die am Montag unter Kürkem Anfang stattfindende parlamentarische Behandlung der Wahlrechtsreform war damit gegeben. Es hieß: "Es kann ja nicht immer so bleiben". In erbaulichen Füßen, aber gerade darum wirkungsvollen Reden wurden die beiden Interpellationen von den Abgeordneten Schieck (nati.) und Bär (freis.) präsentiert und der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Regierung selbst in ihrer Denkschrift vom 31. Dezember 1903 die Notwendigkeit einer Abänderung der bestehenden Zustände anerkannt habe. Die freisinnige Interpellation ging insoweit noch weiter, als sie ausdrücklich auf das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht als die Grundlage für die Neuregelung hinwies.

Auf die Antwort der Regierung durfte man von vornherein sehr gespannt sein. In der erwähnten Denkschrift heißt es wörtlich: "da die dritte Abteilung über 80 Prozent aller Wählern umfaßt, so ergibt sich ohne weiteres, daß unter dem bestehenden System das Wahlrecht für weitere Kreise nahezu illusorisch ist." Das ist ein Urteil, wie es verhinderten wohl kaum je über ein Gesetz gefüllt worden ist. Dabei ist es, daß wollte man nicht vergessen, die Regierung selbst, die so ihr eigenes Machwerk verurteilt. Man durfte also mit Zug und Recht erwarten, daß die Regierung nunmehr im Landtag erklärte würde, sie arbeite an einem neuen Entwurf, der dann und dann dem Landtag zugehen werde. Aber nichts dergleichen geschah!

Was Herr v. Weißig am Montag auf die Interpellationen erwiderte, läßt sich kurz in die Worte zusammenfassen: Die Regierung ist mit ihrem Datum zu Ende, die Vorschläge, die sie seiner Zeit dem Landtag gemacht hat, haben dessen Billigung nicht gefunden, und das aus dem Landtag vorgeschlagene Pluralwahlrecht findet wieder die Billigung der Regierung nicht. Daher ist die Regierung nicht in der Lage, der Kammer irgend welche politischen Vorschläge zu machen. Aus diesem Verhalten der Regierung vorwürfe zu machen, wäre dann ungerechtfertigt, wenn die Regierung selbst die Konsequenz ihres Verhaltens gezogen und offen erklärt hätte: Der verantwortliche Justizminister hat infolgedessen dem Könige sein Vorleseschrift zur Verfügung gestellt. Das letztere ist nicht geschehen, und das ist das Bestremliche an der Sache. Wir meinen, es hätte entschieden mehr in Interesse des Herrn v. Weißig gelegen und wäre dem Ansehen der Regierung

föderlicher gewesen, offen zu dokumentieren: wir fühlen uns der Lage nicht gewachsen statt einzuweilen nach dem alten Stil fortzutun, und zu warten, bis die Lösung auf dem Präsentierer gebracht wird.

Herr v. Weißig sagte, die Regierung sei nicht in der Lage, der Kammer eine auf dem Pluralwahlrecht aufgebauten Wahlrechtsvorlage zu unterbreiten, da die angestellten statistischen Erhebungen kein Resultat ergeben hätten, daß zu einer solchen Vorlage ermunterte. Um den Debatte wurde aber mehr als einmal darauf hingewiesen, daß die Schlüsse aus der Regierungsinvestitur nicht ganz einwandfrei seien, und der Wunsch nach Bekanntgabe des Rahmenmaterials, der von national-liberaler Seite gekauft wurde, ist deshalb durchaus berechtigt. Somit das Material der Regierung nur als vertraulich zur Verfügung gestellt ist, kann es selbstverständlich nur unter Zustimmung des öffentlichen preußischen Stellen, von denen es kommt, veröffentlicht werden. Ohne dieses Material ist aber eine Nachprüfung der Regierungssagen, die im wesentlichen Grade wünschenswert ist, einfach unmöglich! Nur dann, wenn man nachprüfen kann, sind doch weitere positive Vorschläge möglich, und nach diesen schreit doch die Regierung wie der Hirsch nach dem frischen Blätter! Wenn Herr v. Weißig weiter zu allgemeiner Überredung erklärte, der Regierung sei die Anregung nicht unlymphatisch, die zu schaffenden Wahlkörper zum Landtag aufzustellen und so eine direkte Vertretung der arbeitenden Massen im Parlament zu schaffen, so ist dieser Vorschlag aus zwei Gründen von vornherein nicht diskutabel: erstens sind die Arbeitersammeln noch gar nicht vorhanden, und zweitens würde sich nur die vom Abg. Zimmermann richtig angezogene Konsequenz ergeben, daß den Arbeitersammeln die Gewerbe-, Handels- usw. Kammer folgen, doch man geht zu einem richtigen Kurienwahlrecht in einem Antrag, der nicht wünschenswert ist. Zudem erinnert Abg. Schulze mit Recht daran, daß man in der Reichstagabberatung sich gegen die Gründung von Arbeitersammeln ausgesprochen habe und daß daher unter Umständen ein Antrag auch in der Kammer keine Mehrheit finden würde.

Die ganze Debatte in der Montag-Sitzung hat also nur noch zwei Richtungen hin klarheit gebracht: einmal dahin, daß die Unzufriedenheit mit dem geltenden Wahlrecht noch weiter verbreitet ist, als man schon angenommen hatte, und zweitens dahin, daß die Staatsregierung auf jede Initiative verzichtet. Die Regierung will, wie Minister v. Weißig in einem, nebenbei bemerklich unnötig scharfen, Schlusssatz ausführte, erst handeln, wenn sie einer genügenden Mehrheit für ihre Reform in der Kammer sicher ist. Welcher Art dann ihre Reform sein wird, daß sie leider nicht festgestellt, auch nicht, weshalb sie nicht genutzt ist, in der Frage des Wahlrechtsreform, der weitwichtigsten, die augenblicklich unter politischen Leben bewegt, an die Wähler zu appellieren, wie ihr der Abg. Dr. Vogel nahe legte. Alles in allem: ein Mangel an Initiative auf Seiten der Regierung, der doch im höchsten Grade bedeutsam ist.

Um so freudiger kann es daher begrüßt werden, daß der national-liberale Abg. Schied neue Anträge auf Grund des von der Regierung vorgelieferten statistischen Materials in Aussicht stellte. So wird wenigstens die konservative Hoffnung auf Verlängerung der Wahlrechtsreform zu Schanden werden! Das sächsische Volk wird immer mehr erkennen, daß es zu seinem gerechten Wahlrecht gelangen kann, so lange in der Zweiten Kammer eine konservative Mehrheit herrscht und in der Regierung keine Initiative vorhanden ist, um von dieser Regierung selbst erkannte Schäden auch zu heilen.

Der deutsche Städetag.

(Aus unserem Berliner Bureau.)

Es geschieht an Stärke in der Reichspolitik. Wenigstens wenn der unbekümmerte Verstand aus den Taten und Wörtern der verantwortlichen Personen sich keinen Begehr von der Tiefe der wichtigsten Ereignisse und von den grössteren Szenen der Reichspolitik zu machen. Was vor allem aufhält und Bedenken erzeugt muß ist die schon häufig gewordene und beständige Substitution des Selbständiges für den höheren Nationalen Stand. Wie bauen doch seine Städte, um mit ihrer Zukunft Jahren zu können, und wie stehen nicht unter soviel Gold in Kolonien, um so zeigen, daß wir es dazu haben. Sonderlich wir wissen unter Menschenmangel nicht zu lassen und zu erschließen, wenn wir nach der begrenzten Weise der Städte weiter wirtschaften. Ihre durch Auswanderung anderen Bürgers frisches Blut auf unsere Städte gebracht, und eben sind und die Städte unter soviel glücklicherweise zu schade geworden. Also lügen wir sie im Lande zu erneuter Vergrößerung unseres Städte, durch fortwährende Industrialisierung. Und den dann noch verbleibende Industriezeit und wir noch eigenen Siedlungsbürokraten lenken, um aus dem Reichs auch in Zukunft zu freuen. Es ist kein Geheimnis, daß viele zumindestige Industriellierung mit ihren sehr bedeutenden Bevölkerungsveränderungen politischer und ethischer Natur vielen ernsthaften und guten Deutschen unbedenklich ist. Das ist verständlich, denn ja temporärer die Bevölkerung, um so weiter vorwärts nach die Ausdehnung des Russischen Lebensideal. Aber höchstens können wir nicht alle als Gutsbesitzer leben. Und wichtig und töricht ist doch auch, daß wir uns immer noch in der Städte- und Dörfernperiode der industriellen Entwicklung befinden. Die aufstrebende und jüngere Städte der Reichspolitik hat immer erst eingefordert, und manches Merkwürdig ist von ihr noch zu erwarten. Aber ob gern oder nicht — es heißt, sich mit dieser Tendenz abzufinden. Dann aber ist es etwas notwendig, zur Erreichung des Ziels die Wege zu gehen und nicht durch Neuanordnen der inneren Politik zu richten zu wollen, was durch nationale Arbeit und den Schutz des Reiches erreicht ist.

Ob soll hier nicht natürlich noch der Streit um die Handelsverträge fortgesetzt werden. Wie haben ihre Annahme in der frischen Periode selbst endgültig mit der

Werbung: besser ungünstige Verträge als gar keine. Aber doch die Verträge ungünstig sind und uns in Sachen des Landes hart tragen, doch hier die Interessen des Reiches schwerer Opfer bringen müssen, um den Alterbau zu erhalten zu können. Das wenigstens wollen und können wir nicht verhindern lassen. Wie es Daniel und Unterbar verschafft werden, wissen wir noch gar nicht. Schwer gewiss wird es sicher dienen werden, auch zur die Erfüllung an zu retten. Aber wenn es doch auch keine auf Raum vermeidliche Arznei, auf den Untergang länderhafter Elemente einwirkt, so muß doch gelobt werden, daß die Hilfsaktion für die Landwirtschaft auch noch bei einer Niedrigung des Abschlusses ist. Ich darf nicht auch noch darüber berechtigt, daß sie aus eigener Kraft aus dem jetzt vorliegenden überaus günstigen Verhandlungen herauskommen kann, das ist die zweite wichtige Teil unserer Befreiung, wohl gegenseitig. Aber es muß Beweisführung eingelegt werden, daß in diesem zweiten Teile, der die Ausdehnung und Anteilnahme nur mit einer gewissen Grenze anträgt, unter eigentliche Aufsicht, die auf der Industrie ruht, schwer befreit wird. Nur solches Prinzip ist einer Grund vorhanden. Diese Verabschiedung ist bereits jetzt erreicht, doch die Vertreter der südostdeutsch-sächsischen Bevölkerung sich zusammengetan haben, um zu protestieren, daß die älteren deutschen Städte seit einigem den deutlichen Südosten befreit haben, um die Ernährungssicherheit zu erhalten. Diese Einsicht, an der auch Herr Wodahn aus Weinhäsel nicht anders kann, ist außerordentlich bedeutungsvoll wegen des als nie nirgends ausgewiesenen württembergischen Städte, auf denen sonst die Bevölkerung steht. Wenn es die große Mehrheit der Städtevertretungen liberal, aber nur wenige dort aus dem umgekehrten Menschenkreis zusammengestellt sind. Die meiste bauliche Einheitlichkeit nicht zulässig Liberalismus, denn man manchmal mehr Schnell wünschen möchte, und eine grobe Annahme will sogar vom gewöhnlichen Liberalismus nichts wissen, sondern leichter verachtet oder offen im Lager der Reaktion. Der Name Dresden allein genügt, um diese Situation deutlich zu machen, und gerade von Dresden freut es mich und beschämt auch, daß es sich so wie in die erste Stunde der Kämpfer getestet hat.

Um was es sich in einzelnen bei der Reichsstaatsfrage handelt, ist heute nicht mehr erörterungswürdig. Uns interessiert hier auch nur die eine Seite der Abgeordneten, doch der Gewerbeaufwand im Deutschen Reich durch die enorm gewachsene Fleischwirtschaft immer noch mehr in ihren Konkurrenzklasse gehoben wird, als es die Jossoloff-Prüfung sonst ist. Bereits lesen sich die Kommunen zur Bevölkerung von Tempelhof ausgesetzt werden. Die Industriearbeiter werden nicht erlaubt werden. Die Unternehmer werden die doppelte Post der Exportförderung und der Importförderung nicht auf sich nehmen wollen, weil sie darüber zu unterscheiden scheinen. Gemäß ist die große Mehrheit der Städtevertretungen liberal, aber nur wenige dort aus dem umgekehrten Menschenkreis zusammengestellt. Die meiste bauliche Einheitlichkeit nicht zulässig Liberalismus, denn man manchmal mehr Schnell wünschen möchte, und eine grobe Annahme will sogar vom gewöhnlichen Liberalismus nichts wissen, sondern leichter verachtet oder offen im Lager der Reaktion. Der Name Dresden allein genügt, um diese Situation deutlich zu machen, und gerade von Dresden freut es mich und beschämt auch, daß es sich so wie in die erste Stunde der Kämpfer getestet hat.

Um was es sich in einzelnen bei der Reichsstaatsfrage handelt, ist heute nicht mehr erörterungswürdig. Uns interessiert hier auch nur die eine Seite der Abgeordneten, doch der Gewerbeaufwand im Deutschen Reich durch die enorm gewachsene Fleischwirtschaft immer noch mehr in ihren Konkurrenzklasse gehoben wird, als es die Jossoloff-Prüfung sonst ist. Bereits lesen sich die Kommunen zur Bevölkerung von Tempelhof ausgesetzt werden. Die Industriearbeiter werden die doppelte Post der Exportförderung und der Importförderung nicht auf sich nehmen wollen, weil sie darüber zu unterscheiden scheinen. Gemäß ist die große Mehrheit der Städtevertretungen liberal, aber nur wenige dort aus dem umgekehrten Menschenkreis zusammengestellt. Die meiste bauliche Einheitlichkeit nicht zulässig Liberalismus, denn man manchmal mehr Schnell wünschen möchte, und eine grobe Annahme will sogar vom gewöhnlichen Liberalismus nichts wissen, sondern leichter verachtet oder offen im Lager der Reaktion. Der Name Dresden allein genügt, um diese Situation deutlich zu machen, und gerade von Dresden freut es mich und beschämt auch, daß es sich so wie in die erste Stunde der Kämpfer getestet hat.

Und nicht in der Reichsstadt allein sieht der fristliche Blick eine solche Entwicklung. Unter geringem öffentlichen Leben, die Industrie, die man aufziehen will, erfordert.

Die Ordnung des Reichshaushalt. Die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlicht einen Gelehrtenartikel über die Ordnung des Reichshaushalt und die Tilgung der Reichsschulden. Der Gelehrtenartikel umfasst elf Paragraphen. § 1 besagt: Die Vorschriften wegen Änderung des Brunnengesetzes und des Tabaksteuervertrages, Belieferung der Zigaretten, Änderung des Reichspatentgesetzes und Belebung der Erbschaften treten einheitlich zugleich mit diesem Gelehrtenartikel in Kraft. § 2 besagt, von den von Bayern, Hamburg und Baden anstellte der Brauerei an die Reichsstaat zu zahlenden Abzugsleistungsbeträgen für die Flottenverträge, der Reichshaushaltssatz für 1906 und die Steuerverträge.

Der Name Dresden allein genügt, um diese Situation deutlich zu machen, und gerade von Dresden freut es mich und beschämt auch, daß es sich so wie in die erste Stunde der Kämpfer getestet hat.

Die Ordnung des Reichshaushalt. Die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlicht einen Gelehrtenartikel über die Ordnung des Reichshaushalt und die Tilgung der Reichsschulden. Der Gelehrtenartikel umfasst elf Paragraphen. § 1 besagt: Die Vorschriften wegen Änderung des Brunnengesetzes und des Tabaksteuervertrages, Belieferung der Zigaretten, Änderung des Reichspatentgesetzes und Belebung der Erbschaften treten einheitlich zugleich mit diesem Gelehrtenartikel in Kraft. § 2 besagt, von den von Bayern, Hamburg und Baden anstellte der Brauerei an die Reichsstaat zu zahlenden Abzugsleistungsbeträgen für die Flottenverträge, der Reichshaushaltssatz für 1906 und die Steuerverträge.

Die Ordnung des Reichshaushalt. Die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlicht einen Gelehrtenartikel über die Ordnung des Reichshaushalt und die Tilgung der Reichsschulden. Der Gelehrtenartikel umfasst elf Paragraphen. § 1 besagt: Die Vorschriften wegen Änderung des Brunnengesetzes und des Tabaksteuervertrages, Belieferung der Zigaretten, Änderung des Reichspatentgesetzes und Belebung der Erbschaften treten einheitlich zugleich mit diesem Gelehrtenartikel in Kraft. § 2 besagt, von den von Bayern, Hamburg und Baden anstellte der Brauerei an die Reichsstaat zu zahlenden Abzugsleistungsbeträgen für die Flottenverträge, der Reichshaushaltssatz für 1906 und die Steuerverträge.

Die Ordnung des Reichshaushalt. Die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlicht einen Gelehrtenartikel über die Ordnung des Reichshaushalt und die Tilgung der Reichsschulden. Der Gelehrtenartikel umfasst elf Paragraphen. § 1 besagt: Die Vorschriften wegen Änderung des Brunnengesetzes und des Tabaksteuervertrages, Belieferung der Zigaretten, Änderung des Reichspatentgesetzes und Belebung der Erbschaften treten einheitlich zugleich mit diesem Gelehrtenartikel in Kraft. § 2 besagt, von den von Bayern, Hamburg und Baden anstellte der Brauerei an die Reichsstaat zu zahlenden Abzugsleistungsbeträgen für die Flottenverträge, der Reichshaushaltssatz für 1906 und die Steuerverträge.

Die Ordnung des Reichshaushalt. Die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlicht einen Gelehrtenartikel über die Ordnung des Reichshaushalt und die Tilgung der Reichsschulden. Der Gelehrtenartikel umfasst elf Paragraphen. § 1 besagt: Die Vorschriften wegen Änderung des Brunnengesetzes und des Tabaksteuervertrages, Belieferung der Zigaretten, Änderung des Reichspatentgesetzes und Belebung der Erbschaften treten einheitlich zugleich mit diesem Gelehrtenartikel in Kraft. § 2 besagt, von den von Bayern, Hamburg und Baden anstellte der Brauerei an die Reichsstaat zu zahlenden Abzugsleistungsbeträgen für die Flottenverträge, der Reichshaushaltssatz für 1906 und die Steuerverträge.

Die Ordnung des Reichshaushalt. Die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlicht einen Gelehrtenartikel über die Ordnung des Reichshaushalt und die Tilgung der Reichsschulden. Der Gelehrtenartikel umfasst elf Paragraphen. § 1 besagt: Die Vorschriften wegen Änderung des Brunnengesetzes und des Tabaksteuervertrages, Belieferung der Zigaretten, Änderung des Reichspatentgesetzes und Belebung der Erbschaften treten einheitlich zugleich mit diesem Gelehrtenartikel in Kraft. § 2 besagt, von den von Bayern, Hamburg und Baden anstellte der Brauerei an die Reichsstaat zu zahlenden Abzugsleistungsbeträgen für die Flottenverträge, der Reichshaushaltssatz für 1906 und die Steuerverträge.

Neuzugangs-Preis

Die 8-gängige Zeitung 25 Pf.
Familien-, Wohnungs- und Dienst-
Zeitung 20 Pf.

Günstige Konditionen, Geschäftsanzeigen unter
Zeigt oder an Sonnabend-Sonntag nach 7 Uhr.

Gilliat-Expedition: Berlin, Rückseite 10.

Dresden, Marienstr. 24.

Druck und Verlag von C. Holtz in Leipzig.

Anschrift: Dr. Dr. W. Klinckhardt.

Vertrieb: Dr. W. Klinckhardt.

Abonnement: Augufttag 8, Ende September 10.

Die Expedition ist montags zu 10 Uhr.